

Wilsdruffer Tageblatt

Sechsböcher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein Mal mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 5 Mk., durch unsere Ausleger zugesandt in der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 5,65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17,25 Mk. mit Zustellungsgeld. Alle Postanfragen und Postbeleg sowie andere Anträge und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 1,50 Mk. für die 6-spaltige Spaltenzeile ober dem Raum, Nebenraum, die 2-spaltige Spaltenzeile 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Spaltenzeile 4,50 Mk. Anzeigenpreisliste 50 Pf. Ausgabeannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rückrufanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rastur gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 277

Sonntag den 27. November 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Freibank.

Rindfleisch, Montag den 28. November vormittags 9—12 Uhr in rohem Zustande. Pfund 7 Mk.
Der Stadtrat zu Wilsdruff.

Kesselsdorf.

Für die Gemeindevorstandswahl hat der Wahlausschuß die Zulassung folgender Wahlvorschläge beschlossen:

Wahlvorschlag I.

Nr.	Name	Nr.
1.	Treppe, Heinrich, Privatmann,	33 C
2.	Dachsel, Reinhard, Gutsbesitzer,	40
3.	Gerschner, Alfred, Handelsmann,	16
4.	Garbe, Adolf, Bergarbeiter,	17 E
5.	Brendel, Max, Gutsbesitzer,	31
6.	Schmiedecke, Oskar, Kaufmann,	6
7.	Börner, Hermann, Schuhmachermeister,	44
8.	Häbold, Alfred, Gutsbesitzer,	20
9.	Vormann, Max, Eisenbahnbeamter,	1
10.	Böhme, Hugo, Bergarbeiter,	42

Wahlvorschlag II.

Nr.	Name	Nr.
1.	Richter, Max, Bergarbeiter,	29
2.	Rehler, Reinhold, Bergarbeiter,	17 C
3.	Treppe, Otto, Maurer,	32
4.	Richter, Bruno, Bergarbeiter,	33
5.	Clement, Paul, Bergarbeiter,	17 C
6.	Heinrich, Richard, Bergarbeiter,	15
7.	Schnabel, Lina, Hausfrau,	17 D
8.	Becker, Arthur, Bergarbeiter,	28 B
9.	Thielemann, Franz, Bergarbeiter,	28 B
10.	Clement, Bruno, Bergarbeiter,	27 E

Die Wahl findet

Sonntag den 4. Dezember 1921

von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr

im Gasthof zur „Krone“ statt. Anschließend an die Wahl erfolgt auch dort die Ermittlung des Wahlergebnisses. Die Gemeinde Kesselsdorf bildet einen Wahlbezirk.

Wahlvorsteher ist der Unterzeichnete, Stellvertreter Gutsbesitzer Otto Striegler.
Der Wahlkommissar:
Diekmann, Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat die militärischen Verbände Nordbalt, Hinterpommern, Ostpreußen und Oberland aufgelöst.

* Im Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtags wurde ein Antrag angenommen, der die Verhängung von Zwangsarbeit über Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt.

* In polnischen Kreisen rechnet man damit, daß die Übergabe der den Polen zugesprochenen Gebiete Oberösterreichs Anfang Mai 1922 erfolgen wird.

* Lord Curzon warnte in einer großen Rede Frankreich vor, gegen die Landabdriftung länger Widerstand zu leisten.

* Die Sowjetregierung hat versagt, daß insgesamt 2475 000 Arbeiter häuslicher Betriebe und Sowjetbeamte zu entlassen wären.

Curzon gegen Briand.

Die Nebel beginnen sich langsam zu lichten, die bisher über den Verhandlungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz geschwebt hatten. Die französische Berichterstatterin hat diesmal, entgegen ihrer sonstigen klugen Abmessung dessen, was möglich und was zulässig ist in der gewaltsamen Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sich doch etwas übernehmend in den Versuchen, die ganze Tagung in Washington zu einem einseitigen Triumph des französischen Ministerpräsidenten umzubilden. Es mag auch sein, daß Engländer in der amerikanischen Bundeshauptstadt nicht so rückhaltlos auftreten konnten, wie sie es eigentlich als ihre Pflicht empfanden, daß die Anwesenheit Briands sie ein wenig gemindert. Dafür hat jetzt der britische Außenminister Lord Curzon bei einem Frühstück in der Londoner City um so deutlicher gesprochen.

Wenn man es kurz fassen will, was er der Welt zu hören gab, so kann man sagen, daß hier von maßgebender Seite eine innere Verbindung, eine gegenseitige Abhängigkeit hergestellt worden ist zwischen der Abrüstung zur See, für die die Ausschüsse in Washington sich allenfalls noch einigermaßen günstig zeigten, und der Abrüstung zu Lande, der Herr Briand mit seiner „großen“ Rede über die angeblich fortwährende Bedrohung Frankreichs durch Deutschland und Rußland sozusagen den Hals abgedreht hat. Es ist nicht rasch, meint Lord Curzon, die Rüstungen zur See zu beschränken, wenn wir mit ansehen müssen, wie die Anhäufung ausgedehnter Rüstungen zu Lande sich höher und höher türmt. Es genüge nicht, daß zwei oder drei Nationen ein gutes Beispiel geben, alle Nationen müßten nach Lage ihrer Verhältnisse und Fähigkeiten das gleiche tun. Sollte England Opfer bringen, wenn andere Völker sich ihnen entziehen? Wir sollen unsere Flotte begrenzen, und anderen Nationen soll es gestattet sein, neue Maschinen oder Werkzeuge für Luft- oder Unterseeapparate zu bauen und uns damit einer unüberwältiglichen Gefahr auszusetzen? Gewiß fand auch Lord Curzon Worte der Anerkennung für das, was in Washington dank gemeinsamen Vorgehens aller großen Nationen erreicht worden sei. Aber was den Frieden in Europa betrifft, so könne man auch hier nur unter der gleichen

Voraussetzung vorwärtskommen, da man den Standen in Zaubereien doch wohl längst ausgegeben habe. Namentlich Deutschland könne nur durch gemeinsames Vorgehen dazu gebracht werden, noch einmal seinen Platz als friedliches Glied in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen. Wenn aber Frankreich eine isolierte und besondere Politik verfolge, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland Schaden zufügen, sondern sich selbst. Die deutsche Gefahr könne nicht durch französische Waffengewalt, sondern nur durch die zusammengesetzten Kräfte der Welt gebannt werden, die die Wiederkehr einer großen und gefährlichen Macht im Herzen Europas nicht dulden würde. Nicht nur darum handle es sich, den Friedensvertrag gegen Deutschland zu erzwingen, sondern auch darum, Deutschland zu ermöglichen, seine Rolle als Mitträger der europäischen Kultur zu spielen. Lord Curzon ging des ferneren auch auf die Lage im nahen Osten ein, wo ja Frankreich gleichfalls durch einen Sondervertrag mit den türkischen Nationalisten seine Sonderprivilegien zu wahren suche. Auch hier betonte der britische Staatsmann mit großer Geistesfreiheit die Gefahren einer solchen Politik, die die notwendige Solidarität aller Großmächte außer acht lasse. Man weiß, wie empfindlich die Franzosen sich gerade in diesem Punkte gezeigt haben; um so mehr will es befremden, daß Lord Curzon auf diese Gefühle seiner Entenregenen nicht die mindeste Rücksicht genommen hat.

Gar zu begeistert wird danach der Empfang, den Herr Briand bei seiner Rückkehr in Frankreich zu erwarten hat, nicht sein. Schon häufen sich die Interpellationen in der Kammer, die näheren Aufschluß über seine Arbeit in Washington verlangen, and allmählich wird auch in Frankreich bekannt, mit wie abfälligen Kritiken ein großer Teil der englischen Presse die Haltung des französischen Ministerpräsidenten in Washington begleitet hat. Aber dies wird jetzt berichtet, daß Lloyd George schon zur Friedenskonferenz nach Versailles mit einem vollen Abrüstungsplan gekommen war, den er damals nur zurückstellte, weil Präsident Wilson von seinem Völkerbund alles Teil der Welt und noch mehr als dies vertrieb. Lloyd George zeigt sich von der gegenwärtigen Lage in um so höherem Grade beunruhigt und wird wohl, sobald wie möglich, eine Zusammenkunft mit Briand herbeizuführen versuchen, um weiteres Unheil zu verhüten. Vorausgesetzt natürlich, daß Briand nicht schon so gut wie gestürzt ist, wenn er wieder in Le Havre landet, was bei dem immer noch äußerlich erregbaren Gemütszustande der Franzosen durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Was tut das Ausland für uns?

Kreditabkommen — Sachleistungen — Finanzkonferenz.
Was kann und will das Ausland tun, um dem ruinierten deutschen Finanz- und Wirtschaftsleben wieder aufzuhelfen? Die Antwort lautet nach den Erfahrungen der letzten Tage wieder einmal mit einem Worte: „Nichts!“ Teils beruhen die Vorschläge zur angeblichen internationalen Regelung der Wirtschaft so sehr auf gewinnstüchtigen Absichten der Väter solcher Ideen, teils muß man absehen

über erfolgversprechenden Plänen die Entgegnung hören: „Das können wir nicht.“ So stellt sich vor allem die aufsehenerregende

Denkschrift der englischen Industriellen.

die für eine Revision des Reparationsabkommens eintritt, bei näherer Kenntnisnahme von dem ursprünglich nur unzulänglich bekanntgegebenen Inhalt als ein Plan dar, der im wesentlichen nicht eine allgemeine Sanierung anstrebt, sondern die deutsche Industrie nur unter die Kontrolle des Ententekapitals bringen will, um die deutsche Konkurrenz auszuscheiden. Allerdings würde die Voraussetzung für die Durchführung eine Herabsetzung unserer Finanzbelastung sein, aber wichtiger ist (für uns im bösen, für England im guten Sinne), daß gleichzeitig die deutsche Industrie ihrer freien Schaffensmöglichkeit beraubt werden würde. Solche „Geschenke“ der Gegenseite tragen immer einen verborgenen Stachel in sich, und Sachleistungen „unter Kontrolle“ sind kein Fortschritt gegenüber Selbstzahlungen, denn sie vermehren nur unsere Abhängigkeit. Der andere Hinderungsgrund des angeblichen Nichtkommens zeigte sich bei der Frage der ausländischen Anleihe der Industrie.

Wie jetzt bekannt wird, wurde dem englischen Bankier Rothschild vorgeschlagen, eine Milliarde Dollar für Deutschland anzubringen. Rothschild antwortete: „So viel freies Geld haben wir nicht in England und Amerika zusammen.“ Als man ihn darauf hinwies, daß Deutschland nach dem Londoner Ultimatum jedes Jahr eine solche Summe aufzubringen hätte, entgegnete er: „Die Forderungen des Ultimatum sind ja auch ein kompletter Witz.“ Rothschild weiß aber aus diesem „Witz“ auch keinen besseren Ausweg, als mit Lloyd George über eine internationale Finanzkonferenz zu verhandeln. Was wird dabei herauskommen? — Widersprechende Ansichten werden auch über den Erfolg der

Reise Stinnes' nach London

geäußert. Stinnes ist wieder nach Berlin zurückgekehrt, und es wird von englischer Seite bestritten, daß er persönlich mit Lloyd George zusammengekommen sei. Ehe er nicht selbst Aufschluß über seine Londoner Verhandlungen gibt, muß man die Meldungen mit Vorsicht aufnehmen, die davon sprechen, daß er bei der englischen Hochfinanz eine günstige Stimmung für eine Anleihe an Deutschland gefunden habe, wobei sogar die oben erwähnten „Kontrollpläne“ zurückgestellt worden seien. Man wird abwarten müssen, was sich davon bewahrheitet.

Trübe Aussichten.

(Von unserm händigen Mitarbeiter.)
Berlin, 25. November.

Trotz des Tiefstandes der Mark lassen sich weite Kreise des deutschen Volkes durch einige andere Erscheinungen des augenblicklichen Wirtschaftsbildes, vor allem durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit und durch den starken Export von Industrieprodukten, immer noch darüber täuschen, daß unsere Wirtschaft im Kern weit kränker ist, als

Stadtverordnetenwahl in Wilsdruff morgen Sonntag

von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr.

Niemand darf am Wahltag fehlen.

Reisen, die nicht unbedingt nötig sind, mögen unterbleiben. Wer trotzdem verreist, muß vorher gewählt haben.